

Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung!

Von der vermeintlichen Notwendigkeit von Kriegen
für eine bessere Welt





Vorwort

Das Bremer Friedensforum, die DFG-VK und weitere Organisationen hatten am Ostersonntag, 11. April 2009, wie bundesweit in mehr als 70 Orten zum traditionellen Ostermarsch eingeladen. Inhaltlich forderte der Bremer Ostermarsch eine Woche nach dem Nato-Gipfeltreffen zum 60-jährigen Bestehen unter anderem: Frieden für Afghanistan, den Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, keine weiteren Bundeswehreinätze „buten und binnen“, die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion und die Auflösung der NATO.

Auf dem Marktplatz der Hansestadt sprach die Kommunikationswissenschaftlerin und Medienpädagogin Dr. Sabine Schiffer. Sie leitet das Institut für Medienverantwortung in Erlangen, tritt für einen verantwortlichen Friedensjournalismus ein und deckt auf, wie kriegerische Maßnahmen von Politikern und Medien verschleiert werden.

Unter dem Titel „Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung!“ ging Sabine Schiffer den Formeln der Kriegspropaganda seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 bis heute nach. Wie mittels sprachlicher Tricks und über Medien gestreuter PR nicht nur Legitimation für Kriegseinsätze geschaffen werden soll, sondern sogar die NATO ihr Aufgabenfeld umdefinierte, wird deutlich. Die NATO hat sich zum politischen Akteur aufgeschwungen und gehört ebenso abgeschafft wie andere kriegsfördernde Strukturen: Weltbank, IWF, die Vorherrschaft des Dollars, Militär und Waffenindustrie, Kernenergie und gewaltverherrlichende Medienprodukte - viel zu tun für alle, die den Glauben an die Menschheit nicht aufgeben. Wer Frieden will, muss für Gerechtigkeit sorgen - und kann ganz sicher sein, dass es für Krieg keinerlei Rechtfertigung geben kann und schon gar nicht die einer fadenscheinigen „Friedenssicherung“!

Aufgrund zahlreicher Nachfragen haben wir beschlossen, die Rede von Sabine Schiffer und die einleitenden Worte zur Bremer Ostermarschkundgebung von Hartmut Drewes (Bremer Friedensforum) in dieser Broschüre zu veröffentlichen.

Wir wünschen eine gute Verbreitung und freuen uns, wenn - durch die Broschüre inspiriert - Menschen für die Mitarbeit in der (Bremer) Friedensbewegung gewonnen werden.



Ekkehard Lentz



Bremer Friedensforum

Telefon (0421) 3 96 18 92



Joachim Fischer



Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte Kriegsdienstgegner-
Innen (DFG-VK) Bremen
Telefon (0421) 5 96 49 61

www.bremerfriedensforum.de

Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Hartmut Drewes *
Pastor i.R., Bremer Friedensforum

Einleitende Worte zur Ostermarsch-Kundgebung 11. April 2009, Marktplatz Bremen

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
sehr geehrte Passanten!

60 Jahre NATO – 60 Jahre Bedrohung und Krieg“, das ist das Motto des Bremer Ostermarsches in diesem Jahr. Es ist gerade eine Woche her, dass in den Medien vom Spektakel zum 60. Jahrestag der NATO in Baden-Baden, Straßburg und Kehl berichtet wurde, am Rande auch von den Demonstrationen. In diesen Berichten las man aber kaum etwas von dem Anliegen der Friedensbewegung, sondern nur von den Ausschreitungen weniger. Auf den Fotos dazu sah man die Rauchwolken einiger abgefackelter Gebäude.

Eine Reihe Bremer haben die Rauchwolken und das Feuer aus nächster Nähe gesehen. Sie haben aber auch gesehen, dass die französische Polizei weit und breit nicht zu sehen war. Sie ließ die brandstiftenden Provokateure gewähren. Erst als



* Hartmut Drewes arbeitete mehr als 28 Jahre als evangelischer Gemeindepastor in Bremen-Oslebshausen und setzt sich seit Jahrzehnten für Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit ein. Seit seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2000 wirkt Hartmut Drewes ehrenamtlich vor allem als einer der Sprecher des Bremer

Friedensforums. Zu dieser Entscheidung sagte er seinerzeit: „Als ich für mich klären musste, wie ich meinen so genannten Ruhestand gestalten wollte, kam das Bremer Friedensforum in den Blick. Ich kannte einige seiner ständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut und hatte mit der Einrichtung insgesamt langjährige positive Erfahrungen gemacht.“

die Großkundgebung beginnen sollte – viele Tausende hatten sich friedlich auf einem Platz versammelt - traten Polizisten in Erscheinung. Sie feuerten Tränengas-Granaten ab und verhinderten so die vorbereitete Manifestation für den Frieden.

Das Bremer Friedensforum verurteilt das Vorgehen von Provokateuren, die Gebäude und anderes anzünden und zerstören. Diese Leute richten nicht nur materiellen Schaden an. Was viel schlimmer ist: Sie schaden der Sache des Friedens.



Das Bremer Friedensforum verurteilt aber genauso die Einengung und Verhinderung des Demonstrationsrechtes. Dieses Grundrecht scheint inzwischen in den Staaten der EU nicht mehr garantiert zu sein. Die Repräsentanten der Europäischen Union und aller NATO-Mitgliedsstaaten treten mehr und mehr die Grundrechte der Demokratie und der Menschenwürde mit Füßen, in ihren eigenen Ländern wie auch in fremden Ländern.

Sie sorgen dafür, dass Menschen, die hier Zuflucht gesucht haben, gnadenlos abgeschoben werden, dass Bürger mehr und mehr überwacht werden, dass Reiche weiter ihren Reichtum vergrößern können und Arme ärmer gemacht werden, dass die Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe hinausgeschoben werden, dass Soziales abgebaut und die Gesellschaft militarisiert wird. Diese Repräsentanten vertreten nicht das Wohl der Mehrheit der Bevölkerung, sondern das Profitstreben weniger.

In diesem Sinne agieren sie auch in der Außenpolitik. Wir, die wir in Straßburg dabei waren, haben dort die Rauchwolken und das Feuer mit Schrecken wahrgenommen. Aber im Verhältnis zu dem, was in Afghanistan und im Irak an Rauchwolken in den Himmel steigt, waren die Ereignisse in Straßburg

nicht der Rede wert. Dort, in Afghanistan und im Irak, steigen täglich Rauchwolken in den Himmel. Da werden nicht nur Gebäude zerstört, da werden Menschen vernichtet und verkrüppelt, Tag für Tag, zum Beispiel mit Hilfe von Drohnen, die von Bremer Rüstungsbetrieben hergestellt werden. Über eine Million Menschen sind allein in diesen beiden Kriegen seit 2001 umgekommen. Mehrere Millionen Menschen wurden körperlich und seelisch zu Krüppeln geschossen; mehrere Millionen wurden Flüchtlinge.

Das alles geschah und geschieht im Namen von „Demokratie und Menschenrechten“. Aber wir wissen: In Wirklichkeit geht es nur um eins: Die NATO, von den USA geführt, und die EU drängen unaufhörlich darauf, ihren Einfluss auszuweiten, nach Afrika und in den so genannten Größeren Mittleren Osten und insbesondere in die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken. Denn dort gibt es große Reichtümer an Öl und Gas sowie andere Rohstoffe. Die westlichen Konzerne verlangen danach, diese Reichtümer auszubeuten. Und dafür brauchen sie die Zugänge durch den Kaukasus und durch Afghanistan.

Allein deswegen werden die Kriege in Afghanistan und im Irak geführt, allein deswegen gerät auch der Iran ins Visier dieser Mächte. Allein deswegen werden Truppen nach Afrika gebracht.

Frieden kann aber so nicht werden.

Deswegen fordert das Bremer Friedensforum:

- Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan,
- Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland,
- Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion,
- kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide (Brandenburg),
- die Auflösung der NATO
- und einen gerechten Frieden im Nahen Osten, der nur mit einem Ende der israelischen Besatzung erreicht werden kann.



Bremer Friedensforum **Aufruf zum Ostermarsch 2009**

60 Jahre NATO – 60 Jahre Bedrohung und Krieg

Das 60-jährige Bestehen der NATO ist kein Grund zum Feiern. Ob zu Zeiten des Kalten Krieges, ob mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 oder heute: Die NATO ist und bleibt ein aggressiver Faktor gegen den Frieden in der Welt. Seit sieben Jahren führt sie einen Krieg in Afghanistan, der zu immer mehr Opfern unter der Zivilbevölkerung und zur Verarmung des Landes führt. Mehrere NATO-Länder beteiligen sich direkt oder indirekt an Krieg und Besatzung im Irak. Darüber hinaus verfügt dieser Militärpakt über ein hohes atomares Potential, beschleunigt die Militarisierung und erhöht die Rüstungsausgaben. Die NATO-Staaten sind für 75 Prozent der globalen Militärausgaben verantwortlich und geben jährlich rund 900 Milliarden Euro für Rüstung aus. Darüber hinaus propagieren hohe NATO-Strategen seit 2008 den nuklearen Erstschlag.

Deutschland – eine führende Militärkraft

Deutschland gehört inzwischen zu den führenden Militärkräften in der NATO und in der EU und zu den größten Rüstungsproduzenten und Rüstungsexporturen in der Welt. An Israel gelieferte Rüstung verschärft den Nahostkonflikt und unterstützt den Krieg gegen die Palästinenser.

Bremen – ein großer Rüstungsstandort in Deutschland

Allein in Bremen werden jährlich für etwa eine Milliarde Euro Waffen produziert und zum Teil exportiert. Zu den Rüstungsfirmen gehören: Atlas Elektronik, Rheinmetall Defence Electronics, die Friedrich Lürssen Werft, EADS Airbus und OHB. Das macht deutlich, wie stark Bremen auch an der NATO und ihren Kriegen und militärischen Einsätzen direkt beteiligt ist. Bremer Rüstungsbetriebe leisten vor allem mit Satelliten und Drohnen, mit Elektronik für Marine und Heer, durch Kriegsschiff- und Flugzeugbau einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der weltweiten Interventionsfähigkeit der Bundeswehr und zur Verbreitung von Kriegswaffen und Ausrüstungen auf dem Globus, zum Teil exportiert durch die BLG Logistics Group in Bremen.

Das Bremer Friedensforum fordert:

- **Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan,**
- **Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland,**
- **Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion,**
- **kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide (Brandenburg),**
- **Auflösung der NATO!**

Diese Maßnahmen würden dringend benötigte Gelder gegen Hunger und für Soziales freisetzen.

Das Bremer Friedensforum ruft auf zur Teilnahme am Ostermarsch:

Samstag, 11. April, in Bremen: Beginn der Demonstration: 11 Uhr, Ziegenmarkt (V.d. Steintor/Friesenstraße), Kundgebung um 12 Uhr auf dem Marktplatz mit Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Erlangen;

und zur Teilnahme am Osterspaziergang in der Kyritz-Ruppiner Heide (Brandenburg): Ostersonntag, 12. April, um 14 Uhr, Treffpunkt: Kirche Fretzdorf

Herausgeber: Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Hartmut Drewes (v.i.S.d.P.)
www.bremerrfriedensforum.de, info@bremerrfriedensforum.de, Telefon (0421) 3961892, 6441470, 355816
Spendenkonto: Ekkehard Lentz, Postbank Hannover, BLZ 25010030, Kontonummer: 123268306

Dr. Sabine Schiffer
Rede auf der Ostermarsch-Kundgebung
des Bremer Friedensforums am 11. April 2009

Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung!

**Von der vermeintlichen Notwendigkeit von
Kriegen für eine bessere Welt
Krieg ist nicht Friedenssicherung, sondern
Zerstörung von Leben und Vertrauen**

Stellt Euch vor, es ist Krieg und keiner will es bemerken!

So könnte man die aktuelle Lage im Deutschen Bundestag annähernd beschreiben. Ihre Anwesenheit hier zeigt mir, dass die Propagandaformel vom „helfenden Kriegseinsatz“ nicht alle befallen hat. Im Bundestag hingegen scheint die Propaganda bei vielen zu wirken.

Eine Phoenix-Talk-Runde am 1. April zum Afghanistankrieg hat die Arg- und Ahnungslosigkeit eines verantwortlichen Bundestagsabgeordneten himmelschreiend deutlich ge-



* Dr. Sabine Schiffer gründete vor vier Jahren das „Institut für Medienverantwortung“ (IMV) in Erlangen und leitet es seither als Geschäftsführerin. Sie hat zum Islambild in deutschen Medien promoviert und führte dabei die Disziplinen Sprach-, Medien- und Islamwissenschaften sowie Psychologie zusammen. Sabine Schiffer arbeitet seit 15 Jahren als Medienpädagogin. Neben Vorträgen und Seminaren dienen etliche Publikationen der Analyseergebnisse des IMV, um

mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Schwerpunktthemen sind Diskriminierung durch Mediendarstellungen, Kriegspropaganda, kommerzielle und politische PR- und Lobbyarbeit, Gewaltverherrlichung und Medienerziehung. Einen breiten Raum nehmen Anstrengungen ein, vernachlässigte Themen sichtbarer zu machen – wobei sich der Anspruch von Medienverantwortung an Medienmacher und Mediennutzer gleichermaßen richtet.

macht. Gert Weißkirchen (SPD) gab sich die Blöße gegenüber Peter Scholl-Latour und Khazan Gul vom Freundeskreis Afghanistan und offenbarte sein Nichtwissen über die Hintergründe und Zusammenhänge des Krieges. Sein Nichtwissen und das Nachbeten oft gestreuter Floskeln verleitete ihn zu seinem Votum für den Krieg „als begleitende Maßnahme für Wiederaufbau“.

Nun ist Phoenix kein Sender, der viel Aufmerksamkeit auf sich zieht und derlei Sendungen kommen auch nicht zur Prime-Time. Und auf ARD oder ZDF laufen dann die üblichen Nachrichten, die bestimmen, **woNACH wir uns RICHTEN** sollen, sowie Spielfilme wie „Willkommen zu Hause“ oder „Mogadischu“, wo indirekt für eine bessere Ausrüstung von Militärs oder so genannte humanitäre Hilfseinsätze wie in Afghanistan geworben wird. Kriegspropaganda auf allen Kanälen – wie auch das wieder auftauchende Bild des amerikanischen Soldaten, der einem Kind Schokolade schenkt, was ein direktes Ausschöpfen kollektiver Erinnerung von der „Befreiung Nazi-Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkriegs“ zum Zwecke der Legitimation militärischer Gewalt bedeutet.

Derlei massive Propaganda ist offensichtlich nötig, denn die Mehrheit der Deutschen will keinen Krieg und glaubt auch nicht, dass unsere Sicherheit oder gar Freiheit am Hindukusch verteidigt werden. Im Gegenteil: Freiheit, Sicherheit und Gewalt schließen sich gegenseitig aus!

Da dies nicht in die politische Agenda unserer Regierung passt, nimmt die Gehirnwäsche täglich zu und Medien sind dabei als Vehikel für Propagandazwecke fest eingeplant– und angesichts sich verschlechternder Arbeitsbedingungen wirklich in Gefahr, keine Kontrollfunktion als Vierte Gewalt mehr ausüben zu können, sondern die Spins und Neusprechformeln des einflussreichen wirtschaftlich-militärischen Komplexes, der sich professionelle PR leistet, zu streuen: Sie werden schon bemerkt haben, dass George Orwells Formel von „Krieg ist Frieden“ bereits diskursive Realität geworden ist. Heute nennt man das „Friedenssicherung“, ein Begriff den übrigens Kofi Annan in den Deutschen Bundestag einführte.

Dass die UNO auch unter der Leitung von Generalsekretär Ban Ki Moon stark unter Druck ist, darauf lässt das Geheimabkommen zwischen ihm und Jaap de Hoop Scheffer, damaliger Generalsekretär der NATO, im Herbst letzten Jahres schließen. Es ordnet die UNO der NATO faktisch unter beziehungsweise halluziniert von „gemeinsamen Interessen“. Wir erinnern uns: Die UNO sollte ein Bündnis aus allen Staaten sein, die NATO war das westliche Militärbündnis gegenüber dem Warschauer Pakt. Der Vertrag bedeutet faktisch eine Aufwertung der NATO und gleichzeitig eine Umkehrung von Jurisdikative und Exekutive.



Und unsere Medien tragen die selbstanmaßende Rolle der NATO willfährig mit. Kürzlich lautete eine Schlagzeile in deutschen Zeitungen „Die NATO spricht wieder mit Russland.“ Die NATO spricht ... mit... Das ist bedenklich, denn es bedeutet nichts anderes, als dass die NATO hier zum handelnden Subjekt, zum politischen Akteur, erhoben wird – eine Rolle, die ihr nicht zusteht und die wir nicht zulassen dürfen. Was die NATO mit einer so genannten EU-Außenpolitik vor hat, muss ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Hildebrecht Braun (FDP) bei einer Tagung in Nürnberg im Juni 2008 dazu: „Die EU hat alle politischen Mittel, die die NATO braucht!“ Auch hier ist klar, wer bestimmen soll, wo's lang geht.

Bisher verfolgt unsere Regierung ihre Kriegskurs-Politik ohne Rücksicht auf die Meinung des Volkes – **aber unser Widerstand wächst!**

2009 ist nicht nur Wahljahr, sondern auch das Jahr der Jubiläen: Grundgesetz, Fall der Mauer, NATO-Geburtstag. Wir können dafür sorgen, dass die selbstbeweihräuchernden Inszenierungen, bei denen die DDR-Geschichte allenfalls als negative Projektionsfläche zur eigenen Profilierung missbraucht wird, nicht erfolgreich sind: Erinnern wir zum Beispiel daran, dass zentraler Teil der vertraglichen Vereinbarungen mit Gorbatschow und einer damit möglichen deutschen Vereinigung war, wenn schon nicht die Auflösung des Militärbündnisses NATO, so doch zumindest die Zusicherung, dass sich diese nicht weiter gen Osten ausdehne. Wir sind vertragsbrüchig geworden. Die NATO hat sich weiter ausgedehnt und heute werden sogar inszenierte Kriege wie der Georgiens gegen Ossetien und das alt-neue Feindbild Russland dazu benutzt, um für eine weitere Ausdehnung der NATO zu plädieren – wie dies Angela Merkel voreilig in Sachen ‚Aufnahme Georgiens‘ tat. Die ARD trug mit einer tendenziösen Kürzung eines Putin-Interviews ihren Teil dazu bei.

Vergegenwärtigen wir uns: **Wir befinden uns im Jahr 10 der neuen Weltkriegsordnung!** Der Balkankrieg hat uns 1999 eine neue NATO-Doktrin beschert, und diese enthält drei „gute“ Gründe für den Krieg:

- ▶ Humanitäre Intervention (sprich: Krieg unter dem Vorwand von Hilfeleistung und Minderheitenschutz)
- ▶ Starke Migrationsbewegungen, die den Weltfrieden bedrohen (als gäbe es diesen Frieden und keine zwingenden Gründe für das Verlassen der Heimat)
- ▶ Ressourcensicherung (dass es sich um „unsere Ressourcen“ handelt, wird freilich im Weißbuch der Bundeswehr 2006 auch nicht in Frage gestellt)

Deutschland ist nicht nur mit von der Partie – und nicht aus Gründen der Bündnispflicht, wie das Internationale Vorbe-

reitungskomitee für ein Europäisches Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien nachweist: Schon unter Helmut Kohl wurden Möglichkeiten zur Zerschlagung Jugoslawiens sondiert. Die Regierung Schröder, Fischer und Scharping führte uns dann 1999 in den Krieg, angeblich um „ein neues Auschwitz zu verhindern“ – eine gefährliche Instrumentalisierung des Holocausts.

Die Kriegslügen sind heute geklärt, die Verantwortlichen laufen weiter frei herum und genießen ihre Reputation und Pension – weil wir das zulassen. Dass die Sympathieträger der deutschen Politik uns in diesen Schlamassel führten, wirft ein Licht auf den aktuell aufgebauten Sympathieträger Barack Obama. Sein „Doublespeak“, seine mehrdeutigen Formulierungen – wie auch die aktuelle Schaumschlägerei um eine Atomwaffenrüstung bei gleichzeitigem Plädoyer für mehr Abwehrtechnologie (vergleiche Ronald Reagan & Co.) – sollten unser aller Alarmglocken klingen lassen!



Wir erinnern uns:

Mit gefälschten Bildern von vermeintlichen Massakern an Zivilisten aus Racak und Rugovo, wo in Wirklichkeit Milizen gekämpft hatten, die an eine Sammelstelle getragen worden waren, wurde an unsere Verantwortung und unser Mitgefühl appelliert.

Als die Propaganda der Massenvernichtungswaffen im Irak nicht zog, war plötzlich von Demokratie und Regime-Change die Rede, natürlich nicht davon, dass man einen Regimewechsel – auch wenn die USA es vorher selbst aufgebaut hatte – durchaus mit politischen Mitteln der UNO

und den Entscheidungen des irakischen Volkes hätte bewirken können.

In Afghanistan machen wir gerade die Verschiebung der Kriegsgründe von Terrorbekämpfung zum Antidrogenkampf durch. Die Ausweitung des Krieges auf Pakistan machen uns zudem Obama und Holbrooke – einer der führenden Balkan-Kriegstreiber – mit dem Verweis auf die „Brutstätten“ der Taliban schmackhaft. Auch hier dienen alte Verbündete (gegen die Sowjetunion) als neue Feinde.

Wir können uns vorstellen:

Die Irankriegs-Propaganda wird von der Warnung vor einer möglichen Atombombe (ein seit 15 Jahren in gleicher Weise gepflegtes Thema), die in den Händen eines Mullahs viel gefährlicher sein soll, als in denen eines US-Präsidenten, hin zur Befreiung iranischer Frauen mutieren – ein bewährtes Mittel der Kriegspropaganda, siehe Afghanistan. Sowohl das antiislamische Feindbild, als auch der Pseudofeminismus muslimischen Frauen gegenüber sind bereits entlarvt worden als ein Mittel zum Zweck, denn sowohl im Irak, als auch in Afghanistan hat sich die Lage aller – auch der Frauen – verschlechtert. Man stelle sich vor, aus Gründen neuer Kleidungsvorschriften sollen wir Militäreinsätze tolerieren?

Und auch vermeintlich gewichtigere „Gründe“ können nicht darüber hinwegtäuschen:

Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung! Niemals!

Wir können uns vorstellen,

dass mit Blick auf die Menschenrechtsfrage in Tibet Stimmung gegen China gemacht werden kann – ein weiteres Einfallstor der selektiv und gezielt angewandten Strategie „humanitärer Intervention“. Seit dem Balkankrieg eine verbreitet akzeptierte Strategie: **Mit dem selektiven Verweis auf Menschenrechte wird das Völkerrecht ausgehebelt! (und oft nur noch auf das humanitäre Völkerrecht reduziert!)**

Erreicht wurde damit jeweils die Beherrschung der attackierten Regionen: rohstoffreiche wie Kosovo, Irak und Kongo oder geostrategisch wichtige, wie Somalia, Libanon und Afghanistan.

In Wirklichkeit handelt es sich um Wirtschaftskriege – zum Erhalt und zur Fütterung eines nicht funktionierenden kapitalistischen Systems, das auf Wachstum wie eine Krebszelle setzt:

Wichtige Informationen werden uns zur Verschleierung vorenthalten:

Etwa dass bei der Naturkatastrophe in Birma/Myanmar nur westliche Hilfsorganisationen keinen Zugang erhielten und die Menschen durch östliche gut versorgt wurden – aus gutem Grund: seit Michel Chossudowski und Naomi Klein wissen wir, dass mit den Hilfs-Organisationen die Agenten des Neoliberalismus kommen.

Wir sollen nicht erfahren,

dass die Warden-Luftwaffendoktrin mindestens seit dem Balkankrieg gezielt und erfolgreich eingesetzt wird, um die Infrastruktur der Länder zu zerstören und sie nachhaltig „wiederaufbauen“ und „verwalten“ zu müssen (siehe das vermeintlich unabhängige Kosovo) – es sind keine Kollateralschäden, sondern es ist eine gezielte Eskalationsstrategie, dass Fabriken, Brücken, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke, Schulen und Zivilisten bombardiert werden – auch die jüngsten Zerstörungen in Gaza lassen auf die Anwendung dieser Doktrin schließen.

Wir sollen nicht erfahren,

dass sogar mit Menschenrechten geworben wird für den menschenverachtenden Einsatz neuer Waffen, die gerade auch in Afghanistan ausgiebig getestet werden: Lithium-Mini-Nukes und Mikrowellen – was vor allem deutsche Waffentechnik so alles hergibt – auch die Entwicklung so genannter Uranmunition ist eine deutsche Erfindung.

Übrigens: Mikrowellenwaffen lassen sich bei geringer Dosierung auch zur Auflösung solcher Zusammenkünfte wie hier einsetzen.

Wir sollen nicht erfahren,

dass der Atomkrieg in vollem Gange ist, indem das Kosovo, der Irak und mindestens noch Afghanistan mit bunker- und panzerbrechender radioaktiver Munition verseucht wurden (so genanntes Depleted Uranium), das eine Halbwertszeit von 4 ½ Milliarden Jahren hat – auch dies ein Mittel, um eine Region nachhaltig zu schwächen und deren Rohstoffe ausbeutbar zu machen.



Wir sollen nicht erfahren,

dass Deutschland Atommacht ist, weil in Büchel circa 20 Atom-Sprengköpfe lagern, die im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung oder eines großen Anschlags und dem Zusammenbruch der Kommunikationskanäle in der Verfügungs- und Einsatzgewalt der Bundesregierung sind.

Wir sollen nicht erfahren,

dass jeden Tag mehr Geld von der Dritten in die Erste Welt fließt und unser aller Wohlstand immer noch auf Kosten der bis heute wirtschaftlich Kolonisierten beruht - ein Zustand, der geändert werden muss, wenn man wirklich Frieden machen will!

Darum sollen wir glauben,

dass die so genannte Piratenbekämpfung vor der Küste So-

malias rechtens sei und nichts mit der Weltwirtschaftsordnung zu tun habe,

dass bei den so genannten asymmetrischen Kriegen wir in der defensiven Position wären, die Macht nicht etwa bei den Technologieinhabern läge.

Wir sollen glauben,

dass „Auslandseinsätze“ aus den genannten Gründen eine „Reaktion“ seien und zum Verteidigungskonzept gehören und somit keine Aggressionspolitik darstellen – der Begriff „Bundeswehr“ ist auf Grund der Faktenlage eigentlich nicht mehr tragbar, von „sich wehren“ kann hier wirklich nicht die Rede sein.

Wir sollen glauben,

dass die vielen Medienbilder „helfender Bundeswehrärzte“ in Afghanistan ein Zeichen von Hilfe und Humanität wären, wie auch die ausgewählten Aufbau-Bilder von Schulen und Neubauten in Kabul – während Krankheit, Armut, Analphabetismus und Hunger gleich neben dran und im Land zunehmen.

Es sieht so aus, dass die Köpfe des kapitalistischen, zinsfördernden (Wirtschafts-) Systems alles daran setzen werden, ihr System zu erhalten und dafür jegliche Zerstörung in Kauf nehmen oder sogar noch befördern – denn diese verspricht Einflussnahme, Wiederaufbau und neues (begrenztes) Wachstum zum Nutzen einiger weniger und auf Kosten fast aller. Dabei verrät sich das System selbst: Solange mehr Geld für Militär, als für Ziviles ausgegeben wird, ist klar, welche Ausrichtung ein System hat – egal, was behauptet wird. Im Jahr 2007 gaben wir neun Mal soviel Geld für Krieg wie für Entwicklungshilfe aus!

Wir brauchen also einen umfassenden Systemwechsel, das keine Waffen und keinen Krieg mehr benötigt und somit zuallererst NATO und andere Kriegsbindnisse abschafft:

Wer Atomwaffen abschaffen will, muss mit der Kernkraft beginnen und endlich mit der Investition in wirklich nachhaltige Energieversorgung(en) ernst machen.

Wer Frieden will, muss für Gerechtigkeit sorgen – in der Gesellschaft wie vor allem in der Weltwirtschaft. IWF und Weltbank können in der Form nicht weiter toleriert werden – ebenso wenig wie die Vorherrschaft des Dollars oder überhaupt einer Leitwährung.



Investitionen in Waffen und Militär sind überflüssig und können in sinnvolle Arbeitsplätze umgewandelt werden – es gibt soviel zu tun, auch für Bremer aus der Rüstungsindustrie ☺. **Denn es gibt keine legitimen Waffengeschäfte, die gegen Menschen gerichtet sind!**

Wir müssen den US-Militärbasen in Deutschland kündigen und damit Schluss machen, dass wir in Deutschland die logistische Drehscheibe für die Kriege im Osten sind.

Wir müssen Recht einhalten und Verdächtige vor Gericht stellen und deren Schuld prüfen - „Liquidierungen“ und „Präventivschläge“ gibt es rechtsstaatlich nicht!

Und: Wir brauchen keine gewaltverherrlichenden Medienprodukte, die unsere Gewaltkultur erhalten und gar noch ausbauen helfen!

Wir brauchen nicht mehr Überwachung und vermeintlichen „Schutz“ in Form von Steueridentifikationsnummern, Gesundheitskarten und Online-Untersuchungen oder einen Verfassungsschutz, der die Falschen ins Visier nimmt – statt diejenigen politisch Verantwortlichen, die unser Grundgesetz aushöhlen.

Wir brauchen keine Wirtschaftsreformen à la Bertelsmann, die dafür sorgen, dass die Menschen mit der Existenzsicherung so beschäftigt sind, dass sie sich nicht mehr sinnvoll politisch beteiligen können und wo der ökologisch vernichtende Konsum das Leitmotiv unserer Kultur sein soll.

Dazu müssen wir uns verbünden mit der weltweiten Friedensbewegung, mit den Nachbarn in Ost und West und dem angeblichen Feind. Und wir müssen etwas mehr Phantasie entwickeln, die bisherigen Manipulationen und Fehlleitungen offen zu legen und andere Wege einzuschlagen. **Es ist höchste Zeit, die Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstands auszuloten und einzusetzen.**

Im 21. Jahrhundert sollte es uns endlich gelingen, unser idealisiertes Selbstbild mit der Realität abzugleichen und ein realistisches Bild und eine wirklich vernünftige Gemeinschaftsordnung, die auf Gleichwertigkeit statt auf Hierarchien setzt, wahr werden zu lassen. Nur wer diese Gleichwertigkeit empfindet, ist davor gefeit, sein Mitgefühl (für den einen) NICHT als Begründung für Misshandlung oder gar Mord (an anderen) missbrauchen zu lassen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen weiterhin die Klarheit, die Dinge beim Namen zu nennen, und die Gewissheit, sie (im friedfertigen Sinne) zu verändern!

Fakten aus dem Lautsprecherwagen*

vorgetragen von Margot Konetzka während
des Ostermarsches in Bremen:



1,4 Milliarden Menschen leben in extremer Armut
(1,25 \$/Tag)



2,6 Milliarden Menschen verfügen über weniger als
zwei Dollar pro Tag



923 Millionen Menschen leiden an Hunger



96 Millionen Kinder erhalten keine Grundschul-
ausbildung



774 Millionen Erwachsene weltweit können nicht
lesen und schreiben



in 113 Ländern gibt es keine Geschlechtergleichheit
bei der Anmeldung an Schulen



alle drei Sekunden stirbt ein Kind an einer
vermeidbaren Krankheit



jede Minute stirbt eine Frau durch Komplikationen
während Schwangerschaft oder Geburt



jährlich sterben zwei Millionen Menschen an AIDS



alle 30 Sekunden stirbt ein Mensch an Malaria



1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu
sauberem Trinkwasser



2,6 Milliarden Menschen haben keine sanitäre
Grundversorgung

Die Entwicklungshilfe sinkt seit zwei Jahren
(2005: 107,1 Mrd. \$ - 2007: 103,7 Mrd. \$);
alle Zusagen an die 49 ärmsten Länder der Erde
(Least Developed Countries) wurden nicht eingehalten.

Im Vergleich die Großwaffenprojekte der Bundeswehr:
Kosten bis 2015: 90 Milliarden Euro

Vision einer Welt ohne Atomwaffen

Die Vision einer atomwaffenfreien Welt, gibt es schon so lange es Atomwaffen gibt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kämpfen Millionen Menschen auf der ganzen Welt für diese Forderung. Anfang der 50er Jahre wurden Millionen Unterschriften unter den „Stockholmer Appell für die Abschaffung der Atomwaffen“ gesammelt. Dieser Appell zeigte große Resonanz. Die Menschen hatten den Krieg und den Abwurf der Atomwaffen durch die USA auf Hiroshima und Nagasaki, wo über 230.000 Menschen starben, noch nicht vergessen. Die Ostermärsche haben seit ihrem Bestehen für die Vision einer atomwaffenfreien Welt gekämpft. Es wäre zu wünschen, wenn diese Vision eines Tages zur Realität wird. Das wird sie aber nur, wenn wir uns dafür einsetzen.

Rüstungsstandort Bremen

Bremen ist eine Rüstungshochburg.

In Bremen ist die Rüstungsdichte sechs bis sieben Mal höher als im Bundesdurchschnitt.

Bremen ist mit fast fünf Prozent von der Rüstungsproduktion abhängig.

Bremer Rüstungsbetriebe stellen Satelliten und Drohnen her, Elektronik für Marine und Heer, sind am Kriegsschiff- und Flugzeugbau beteiligt und leisten so einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der weltweiten Interventionsfähigkeit und Kriegsführung der Bundeswehr und zur Verbreitung von Kriegswaffen und Ausrüstungen auf dem Globus.

Es ist deswegen ohne Zweifel nicht zufällig, dass seit neun Jahren der Neujahrsempfang nicht mehr in der Kaserne, sondern im Rathaus stattfinden kann.

Es ist kein Zufall, dass deswegen der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, in der Bremer Handelskammer sprechen darf, obgleich dieser sich für vorbeugende nukleare Angriffe einsetzt.

Es ist deswegen auch kein Zufall, dass der Bundestagsabgeordnete Volker Kröning (SPD), der sich vor zwanzig Jahren vehement für die Konversion der Rüstungsproduktion eingesetzt hat, inzwischen ein Lobbyist der Rüstungsindustrie ist. Erst kürzlich hat Verteidigungsminister Franz-Josef Jung öffentlich mitgeteilt, dass der Bund jährlich sieben Milliarden Euro in Rüstungsbetriebe investiert.

Wir fordern, dass Abrüstung nicht nur in Sonntagsreden vorkommt, sondern mit der Umstellung der Rüstungs- auf Zivilproduktion Ernst gemacht wird. Wir brauchen Produkte, die dringend benötigt werden, zum Beispiel, um die Klimakatastrophe einzuschränken. Wir brauchen nicht Erzeugnisse, die das Leben auf der Erde zerstören, sondern es erhalten und verbessern.

2009 ist ein Jahr der Wahlen:



Konfrontieren wir die Kandidatinnen und Kandidaten mit unseren Forderungen, lassen wir uns nicht blenden, wir tragen die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder mit. Wir können mit dem richtigen Kreuz auf dem Wahlzettel Entscheidungen beeinflussen.

Margot Konetzka (halb verdeckt in der Bildmitte) saß im Lautsprecherwagen.

Wir fordern:



Frieden und Abrüstung statt Sozialabbau



Sicherung unserer Arbeitsplätze



Kürzung des Rüstungsetats



Mehr Gelder für Bildung und Ausbildung



Weg mit Hartz IV



Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan



Vollständige atomare Abrüstung weltweit



Auflösung der Nato



Keine weitere Aushöhlung unseres Grundgesetzes

Rund 250 Menschen beim Ostermarsch

„Nein zur Nato – Ja zum Frieden“

BREMEN. Die Bundeswehr verteidigt Deutschland am afghanischen Hindukusch, Militärstrategen treiben den Umbau der einstigen Verteidigungsarmee zur weltweiten Einsatztruppe weiter voran – und zu ihrem 60. Jubiläum führt die Nato gleich an mehreren Fronten Krieg.

Eigentlich hatten die Veranstalter der bundesweiten Ostermärsche – insbesondere nach den Auseinandersetzungen beim Nato-Gipfel in Straßburg – auf ein erneutes Erstarben der Friedensbewegung gehofft. Dennoch kamen am Sonnabend in Bremen beim traditionellen Ostermarsch nur rund 250 Menschen zusammen, um gegen den Krieg zu demonstrieren.

Die Hauptforderung der Friedensaktivisten in diesem Jahr: „Nein zur Nato – Ja zum Frieden“. Seit Jahrzehnten dränge der Militärpakt darauf, seinen Einfluss – insbesonde-

re auch beim Kampf um Rohstoffe – zu vergrößern, betonte etwa Hartmut Drewes von der Bremer Friedensinitiative bei der Abschlusskundgebung vor der Bürgerschaft. Bremen sei dabei direkt – etwa durch Aufklärungs-Drohnen aus den hiesigen Rüstungsbetrieben – an weltweiten Kriegseinsätzen beteiligt, die heutzutage verschleiern als „Friedenssicherung“ bezeichnet würden.

Schon dieser Sprachgebrauch mache deutlich, dass der Slogan „Krieg ist Frieden“ aus George Orwells Buch 1984 längst beängstigende Realität sei, ergänzte Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung, und geißelte die „zunehmende Kriegspopaganda der Medien“: „Bilder von US-Soldaten, die Schokolade an Kinder verteilen, sind nicht die Realität. Es bleibt dabei: Für Krieg kann es keine Rechtfertigung geben.“ (MK)



Friedensflaggen und kritische Stimmen gegen die Nato: Weniger Menschen als von den Veranstaltern erhofft, setzten beim Ostermarsch ein Zeichen gegen den Krieg.

Foto: Matthias Koch

Bremer Anzeiger, 12.4.2009 (links)

Kurier am Sonntag, 12.4.2009 (unten)

Ostermarsch gegen den Krieg

Friedensaktivisten fordern Auflösung der Nato

Von Arno Schupp

Bremen. Gut 200 Menschen sind gestern in Bremen zum traditionellen Ostermarsch auf die Straße gegangen. Mit Transparenten ausgestattet demonstrierten die Friedensaktivisten gegen den Krieg und forderten Abrüstung. Aufgerufen zur diesjährigen Demo hatte das Bremer Friedensforum.

Die Abschaffung der Nato ist in diesem Jahr die zentrale Forderung des Ostermarsches. „Wir brauchen einen umfassenden Systemwechsel, keine Waffen und keinen Krieg, und zuallererst keine Nato und andere Kriegsbindnisse“, sagte Sabine Schiffer, die gestern auf dem Marktplatz die Hauptrede hielt. Die Nato sei dabei, ihren Einfluss massiv gen Osten auszudehnen, wofür das alte Feindbild Russland beschworen werde. Um diese Ost-Erweiterung durchzusetzen, würden Kriege inszeniert und die Öffentlichkeit absichtlich fehlinformiert, sagte die Leiterin des Instituts für Medienverantwortung in Erlangen. Der von George Orwell in seinen Buch „1984“ geprägte Satz „Krieg ist Frieden“ sei inzwischen Realität

geworden. „Heute nennt man so etwas Friedenssicherung“, sagte die Hauptrednerin.

Die von den Vereinigten Staaten kontrollierte Nato und die EU „drängen unaufhörlich darauf, ihren Einfluss auszudehnen, nach Afrika und in den sogenannten Großen Mittleren Osten und insbesondere in die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken“, sagte Hartmut Drewes vom Bremer Friedensforum. Denn dort gebe es große Reichtümer an Öl und Gas sowie andere Rohstoffe. „Die westlichen Konzerne verlangen danach, diese Reichtümer zu bekommen. Und dafür brauchen sie die Zugänge durch den Kaukasus und durch Afghanistan.“ Frieden könne es so aber nicht geben.

Ihren Ursprung hat die Ostermarsch-Bewegung in den 50er Jahren in Großbritannien. Seither gehen jedes Jahr zu Ostern in verschiedenen Ländern Zehntausende von Menschen auf die Straße, um für den Frieden zu demonstrieren. Der erste Ostermarsch in Deutschland fand 1960 mit ungefähr tausend Teilnehmern statt. Zu Spitzenzeiten gingen Hunderttausende Friedensaktivisten auf die Straße.

Hinweis in eigener Sache:

Das Bremer Friedensforum veröffentlicht einen regelmäßigen Newsletter per E-Mail. Interessierte können ihn bestellen: info@bremerfriedensforum.de.

Bremer Friedensforum und DFG-VK arbeiten auf ehrenamtlicher Basis. Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet:

Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum) bei der Postbank Hannover, BLZ 25010030,

Kontonummer 123268-306.

Impressum

Herausgeber: Bremer Friedensforum und
DFG-VK Bremen, Villa Ichon,
Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Satz und Gestaltung: Wolfgang Zimmermann
verantwortlich: Ekkehard Lentz, Bremen
Fotos: Eva Böller, Hartmut Drewes,
Gerold Gerdes, Thomas Hoppensack,
Sönke Hundt, Sabine Schiffer

Ostermarsch 2009

für *Frieden und Gerechtigkeit*



**Bremen,
Sa. 11.04.09**

11 Uhr ab Ziegenmarkt

**Kundgebung: 12 Uhr auf dem Marktplatz
mit Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung,
Erlangen**

Bremer Friedensforum

**Grenzen
entstehen
in Köpfen**

wozi

Grafik-Design! | Plakate | Bücher | Kleinauflagen
wozi@wozi.de | Fon 0421. 20 30 30 9

www.photoshot.com

Anzeige

27

ROTE REIHE _2

Reden auf den Ostermarsch-Kundgebungen
des Bremer Friedensforums



Kundgebung auf dem historischen Bremer Marktplatz